



Kommunalkonferenz: „Zuwanderung und integrierende Stadtgesellschaft – Was folgt nach der Erstunterbringung?“



Die Kommunalkonferenz „Zuwanderung und integrierende Stadtgesellschaft – Was folgt nach der Erstunterbringung“ fand am 17. März 2016 im Kronprinzenpalais, Unter den Linden in Berlin statt. Die Konferenz wurde von Dr. Jürgen Gebh, Vorstandssprecher der BImA, am Unternehmenssitz eröffnet. Quelle: Milena Schlösser

In Berlin fand am 17. März 2016 die Kommunalkonferenz „Zuwanderung und integrierende Stadtgesellschaft – Was folgt nach der Erstunterbringung?“ statt, an der über 300 Personen teilnahmen. Mit der Kommunalkonferenz stellte das BMUB kurzfristig eine Plattform bereit, um Fragen der Integration als Zukunftsaufgabe integrierter Stadtentwicklungspolitik und innovativer Wohnraumschaffung zu erörtern und einen Austausch zwischen den Kommunen, der Bundespolitik, den kommunalen Spitzenverbänden und Fachvertreterinnen und -vertretern zu ermöglichen.

Bei der ganztägigen Konferenz wurden von Vertreterinnen und Vertretern aus Städten und Gemeinden Einblicke auf Strategien und Lösungsansätze vor Ort gegeben. Weiterhin stellten Ansätze innovativer Formen der Wohnraumbeschaffung wichtige Themenschwerpunkte dar. Die kommunalen Beteiligten diskutierten mit Expertinnen und Experten unterschiedlicher Verbände, Kammern und der Wohnungswirtschaft über die Aufgaben einer Integrations- und zukunftsgerichteten Wohnungspolitik.



Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks eröffnete am 17. März 2016 die Kommunalkonferenz „Zuwanderung und integrierende Stadtgesellschaft – Was folgt nach der Erstunterbringung?“ und erläuterte ihre Positionen und Vorschläge. Quelle: Milena Schlösser

Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks betonte, dass die Flüchtlinge und Asylsuchenden, die auf Dauer oder zumindest für unbestimmte Zeit in Deutschland bleiben werden, in die Gesellschaft, in den Arbeitsmarkt und in den regulären Wohnungsmarkt integriert werden müssen. Um ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen, werde in nächster Zeit in großem Umfang und in kurzer Zeit gebaut werden müssen. Aus ihrer Sicht ist es dabei besonders wichtig, Nutzungskonkurrenzen zu vermeiden. „Um die Integration zu meistern ist es wichtig, dass die aufnehmende Gesellschaft integrationsfähig ist und das Umfeld dafür bereitgestellt wird. Daher setze ich mich für einen ‚Investitionspakt Integration‘ ein, der in benachteiligten Stadtquartieren soziale Infrastruktur stärkt und die Investitionen durch Bildungsangebote, Integrationslotsen, Qualifizierung, Sprachförderung und Beratung begleitet.“, so Dr. Barbara Hendricks.

Ebenso müsse verhindert werden, dass Menschen mit geringen Einkommen aus den Innenstädten verdrängt werden. „Wir wollen keine Ghettos – weder für reiche, noch für einkommensschwache Menschen“. Der langfristigen Perspektive in der Stadtplanung und -entwicklung komme daher eine wichtige Aufgabe zu. Im Sinne einer integrierten Stadtentwicklungspolitik und der Leipzig-Charta gehe es um gemischte, lebendige und gut erreichbare Quartiere.



Der Parlamentarische Staatssekretär Uwe Beckmeyer spricht zum Thema „Zusammenhalt sichern – Flüchtlinge zu Mitbürgern machen“. Quelle: Milena Schlösser

Auch der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Uwe Beckmeyer, sprach sich dafür aus, dass die Entwicklung eines tragfähigen Gesamtkonzeptes eine wichtige und dringende Aufgabe sei. „Nachdem im vergangenen Jahr überwiegend über die Unterbringungsmöglichkeiten gesprochen wurde, müssen jetzt die Integration und eine nachhaltige Integrationsstruktur thematisiert werden.“ Die Schaffung von Wohnraum sei eine wichtige Voraussetzung, damit die Menschen in Deutschland Fuß fassen und Integration gelingen kann.

Ein wichtiger Aspekt sei der Aufbau von Vertrauen zu den Bürgerinnen und Bürgern, um die Angst vor Benachteiligung zu nehmen. Doppelte Integration sei notwendig, um ein gutes Zusammenleben der neu Zuziehenden ebenso wie der angestammten Bevölkerung zu ermöglichen. Den Kommunen komme dabei eine wichtige Rolle zu, da deren Entscheidungen Unzufriedenheit entstehen oder verschwinden lassen.



Moderator Michael Brocker im Gespräch mit Roland Schäfer, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Eva Lohse, Präsidentin des Deutschen Städtetages, und Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (v. l.). Quelle: Milena Schlösser

Die Schaffung von Wohnraum für die dauerhafte Unterbringung stellen Länder und Kommunen vor große Herausforderungen. Aus Sicht von Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr aus Nordrhein-Westfalen, bestehe in allen Städten eine Zunahme des Wohnungsbedarfs, die jedoch unterschiedlich ausgeprägt ist. „Wir werden älter, bunter; aber nicht mehr weniger – wir werden mehr.“ Die Kommunen brauchen aus seiner Sicht mehr Geld, um sowohl die baulichen Investitionen für die dauerhafte Unterbringung, als auch die Integration in die Gesellschaft leisten zu können. Er fordert, dass daher der soziale Wohnungsbau aufgestockt werde. Dies ist auch aus Sicht von Roland Schäfer, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, der richtige Weg. Dabei solle jedoch nicht nur der Neubau, sondern auch die Sanierung und Umnutzung berücksichtigt werden. Auch wenn es in vielen Kommunen Leerstand gebe, so seien diese Gebäude häufig in unbewohnbarem Zustand. Neben der Bereitstellung von Finanzmitteln für die Kommunen seien auch Finanzierungsmöglichkeiten für den privaten Wohnungsbau wichtig, da die Kommunen alleine den Wohnungsbedarf nicht abdecken können, so Dr. Eva Lohse, Präsidentin des Deutschen Städtetages.

Eine Möglichkeit, dem Wohnungsbedarf zu begegnen, ist die Nachverdichtung in den Städten und Quartieren. Aus Sicht von Michael Groschek ist dies allein jedoch nicht ausreichend. In einigen Kommunen werden ganze Stadtteile neu errichtet werden müssen („Willkommenskultur für Bagger“). Der Engpass liege dabei in der Grundstücksmobilisierung. „Es ist Aufgabe der Kommunen, Bebauungspläne auf den Weg zu bringen, damit das in den Regionalplänen abgebildete »theoretische Bauland« auch zu praktischen Baugrundstücken wird.“ Auf die Notwendigkeit, trotz des Handlungsdrucks Konzepte für lebendige und durchmischte Quartiere zu entwickeln und das Thema Baukultur zu berücksichtigen, wies Dr. Eva Lohse hin. Bei den Konzepten sei es ebenfalls wichtig, über die Stadtgrenzen hinaus zu denken und übergreifende Strategien zu entwickeln.

Insbesondere für Kommunen, die bisher von Abwanderung betroffen waren, würde die Wohnsitzauflage, die zurzeit vorbereitet wird, die Möglichkeit bieten, Planungssicherheit

für die Schaffung von sozialer Infrastruktur und städtebaulichen Strukturen zu erhalten. Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, hebt hervor, dass die Erfahrungen aus der sozialen Stadtteilentwicklung mit dem Programm „Soziale Stadt“ genutzt werden können, in den Quartieren vorbereitend und begleitend aktiv zu werden („ex ante“). Zudem führt aus Sicht von Frau Dr. Lohse die dezentrale Verteilung der Menschen zu einer Förderung der Integration. In ländlichen Räumen gebe es neben der Verfügbarkeit von Wohnungen auch Unternehmen, die dringend Arbeitskräfte suchen.



Über das Thema „Integration als strategische Zukunftsaufgabe integrierter Stadtentwicklung“ diskutiert Michael Brocker mit Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Werner Spec, Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg und Frank Helmenstein, Bürgermeister der Stadt Gummersbach (v. l.) Quelle: Milena Schlösser

Die Themen Zuwanderung und Integration seien jedoch nicht nur Herausforderungen, sondern böten auch Chancen und werden in vielen Kommunen auch als Bereicherung gesehen, so Frank Helmenstein, Bürgermeister der Stadt Gummersbach. Neben der Zunahme der kulturellen Vielfalt böten die steigenden Einwohnerzahlen auch die Möglichkeit, auf den demographischen Wandel zu reagieren. Werner Spec, Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg, hob hervor, dass sich viele Kommunen mit dem Thema Altersarmut in der Bevölkerung auseinandersetzen müssten. Die Zuwanderung schaffe die Möglichkeit, auf den demographischen Wandel zu reagieren.

Alle Diskussionspartner waren sich darin einig, dass die Kommunen für die Integration der zugewanderten Menschen in die Gesellschaft Unterstützung benötigen. „Die deutschen Städte können Integration – aber nicht zum Nulltarif. Wir stehen vor der Aufgabe unsere Städte so zu organisieren, dass Inklusionskräfte freigesetzt werden“, so Dr. Ulrich Maly.

Aus dem Publikum wurde auf noch nicht ausreichend genutzte Potenziale der dezentralen Unterbringung direkt in aufnahmebereiten Haushalten hingewiesen, die zudem erhebliche Vorteile bei der sozialen Integration aufwiesen.



Axel Kunze, BfMA, informiert über vergünstigte Abgaben von Bundesliegenschaften. Quelle: Milena Schlösser

Bei der Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten ist die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben ein wichtiger Partner. Bis zum 9. März 2016 konnten auf (ehemaligen) Bundesliegenschaften 159.000 Plätze für Flüchtlinge bereitgestellt werden, so Axel Kunze, Mitglied im Vorstand der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Er sicherte den kommunalen Vertretern seine weitere Unterstützung zu: „Ich möchte Ihnen anbieten, dass Sie auf uns zukommen und Ihre Probleme schildern, damit wir Ihnen das raussuchen können, was wir im Portfolio haben.“



Dietrich Fink, Fink+Jocher Architekten und Stadtplaner, Rainer Nagel, Bundesstiftung Baukultur, Dr. Jochen Lang, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin und Marion Schmitz-Stadtfeld, Nassauische Heimstätte (v. l.) diskutieren zum Thema „Innovative Formen der Wohnraumschaffung“. Quelle: Milena Schlösser

Insbesondere in den Ballungsgebieten und Großstädten war der Wohnungsmarkt bereits vor der Zunahme der Zuwanderungszahlen angespannt. Die Versorgung der gesamten Bevölkerung mit ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum stellt die Kommunen daher vor eine große Herausforderung. Um auf dem Immobilienmarkt ausreichend Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen anzubieten, werde in Berlin bei städtebaulichen Verträgen ein Anteil von 25 Prozent (bei städtischen Gesellschaften 30 Prozent) von sozialem Wohnungsbau gefordert, berichtete Dr. Jochen Lang, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt. Flächendeckende Sozialwohnungsbausiedlungen sollen unbedingt vermieden und gemischte Quartiere entwickelt werden. Zudem solle bei auslaufenden Belegungsbindungen mit einer Anschlussförderung ein meist kostengünstiges Angebot im Bestand gesichert werden. Es wurde deutlich, dass das Thema der Nachverdichtung bei der Wohnraumschaffung eine wichtige Rolle spielt. Innerstädtische Flächen bieten häufig Potenzial, neue Quartiere oder Ghettos am Rande der Stadt zu vermeiden. Aus Sicht von Dietrich Fink, Fink und Jocher Architekten und Stadtplaner, ist es bei der Nachverdichtung allerdings wichtig, ausreichende Qualitäten beispielsweise der ÖPNV-Anbindung oder der städtebaulichen Strukturen zu berücksichtigen und sinnvoll abzuwägen. Insgesamt wird es für unverzichtbar gehalten, dass neben Strukturkonzepten für Neubau oder Bestandsentwicklung die Einbindung der Integrationsaufgaben und ihrer räumlichen Folgen in integrierte Stadtentwicklungskonzepte erfolge, um eine gesamtstädtische Betrachtung abzusichern.

In den Diskussionen wurde besonders auf die Notwendigkeit der Berücksichtigung baukultureller und architektonischer Aspekte hingewiesen, die trotz Zeitdruck und des hohen Bedarfs nicht vernachlässigt werden dürfen. Aus Sicht von Rainer Nagel, Vorsitzender der Bundesstiftung Baukultur, bestehe beim Wohnungsbau die Gefahr, dass ein Provisorium gebaut werde, dass letztlich dauerhaft erhalten bleibe und sich negativ auf das Stadtbild auswirke. „Die Modulare Bauweise ist eine Möglichkeit, gute provisorische Produkte zu bekommen; aber diese müssen gestaltet und entwickelt werden.“

Neben der Schaffung von Wohnraum geht es auch darum, dass soziale Integration (und Inklusion) gelingt. In Berlin wurde das Quartiersmanagement als Vorbild für ein Integrationsmanagement in den größeren Unterkünften genutzt, das sich auf die Fläche selbst und die angrenzenden Quartiere bezieht und darauf zielt, die Flüchtlinge und die Nachbarschaft zu vernetzen. Um den sozialen Zusammenhalt sicherzustellen und Ängste zu vermeiden, spielt die Einbindung und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern eine wichtige Rolle. Marion Schmitz-Stadtfeld, Nassauische Heimstätte, berichtete von einem Vorhaben in Hanau, bei dem von Beginn an über umfassende Beteiligungsverfahren die Bevölkerung erfolgreich einbezogen wurde.



*Staatssekretär Gunther Adler erkundigt sich zu erfolgreichen Projekten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik;
Quelle: Milena Schlösser*

Staatssekretär Gunther Adler bedankt sich beim Gastgeber, den Referentinnen und Referenten und bei den Teilnehmenden für ihre aktiven Beiträge an der Kommunalkonferenz des BMUB und regt eine Fortsetzung der Veranstaltung an. Als Abschluss der Konferenz verkündete er den besonders an die „kommunale Familie“ als potenzielle Projektträger gerichteten 6. Projektaufwurf der Nationalen Stadtentwicklungspolitik zum Thema „Stadtentwicklung und Migration“.

„Über die akute Notwendigkeit der Erstunterbringung hinaus spielt bei den Fragen der Integration die strategische Dimension eine wichtige Rolle. Wir suchen im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik innovative Ideen, die sich mit der Integration als Zukunftsaufgabe integrierter Stadtentwicklung im gesamtstädtischen Kontext befassen.“

Bis zum **31. Mai 2016** können Ansätze für innovative Planungsprozesse eingereicht werden, in denen stadtgesellschaftliche Diskurse geführt, strategische Konzepte und Aktionsprogramme aufgestellt und erste Umsetzungsschritte gegangen werden.

Informationen zum Projektaufwurf sind hier abrufbar. (http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/NSP/DE/Projekte/Projektaufwurf/ProjektaufwurfMigrationStadt/projektaufwurf_node.html;jsessionid=97F4EE228BA7B7095E97521830666CA2.live2051)



Staatssekretär Gunther Adler verkündet den 6. Projektaufruf zum Thema „Stadtentwicklung und Migration“. Quelle: Milena Schlösser